

Sozialismus

www.Sozialismus.de

J. Bischoff/H. Kuhls: Brexit ist kein Zukunftsprogramm



Susanne Hennig-Wellsow: r2g-Halbzeit in Thüringen



H.-J. Urban: Ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept

O. König/R. Detje: Arbeitszeitdebatte in der IG Metall

**Forum
Gewerkschaften**

St. Krüger: Paul Masons Kapitalismusanalyse



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Martin Schulz und die soziale Gerechtigkeit



Die SPD schickte sich mit Martin Schulz zu Beginn des Jahres an, sich aus der Fessel der Großen Koalition zu befreien. In der Bundesrepublik sollte eine linke politische Alternative zur großen Koalition unter Führung von Merkel möglich werden. Was blieb davon? ...

Jupiter-Präsident?



Die Parlamentswahl hat Staatspräsidenten Macron eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung gebracht. Allerdings sank die Wahlbeteiligung mit 43% auf einen historischen Tiefstand. ...

»Merkel gehört abgewählt!« ist noch kein Politikwechsel



Die mehr als 500 Delegierten der Partei DIE LINKE haben in Hannover ein Wahlprogramm mit dem Titel »Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle!« beschlossen. Es soll den Wahlkampf der Parteibasis auf Straßen und Plätzen unterstützen. Das wird nur bedingt gelingen. ...

(Post)Neoliberalismus in Europa und den USA

Björn Radke/Axel Troost:
Griechenlands zäher Kampf gegen neoliberale Politik 2

Joachim Bischoff: Die Dekonstruktion des Verwaltungsstaates in der Praxis
Die USA nach einem halben Jahr Trump-Administration 7

Joachim Bischoff/Hinrich Kuhls:
Brexit ist kein Zukunftsprogramm 13

Anne Karrass/Martin Ahrens: Soziale Säule, soziale Dimension, sozialer Rückschritt? Zur Debatte eines sozialen Europa 26

Otto König/Richard Detje: Aufrüstung für die »Strategische Autonomie« der EU
Der »bombende Weltpolitiker« und die NATO 30

Diesseits & jenseits von Rot-Rot-Grün

Susanne Henning-Wellsoy:
Halbzeit – zweieinhalb Jahre r2g in Thüringen 32

Helge Meves/Marian Krüger: Ein Regierungsprogramm gegen Selbstzweifel
Die Grünen zwischen Münster und Berlin 38

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Plädoyer für ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept
Anmerkungen zu einer gelungenen Debatte 41

Otto König/Gerhard Wick/Richard Detje: Wem gehört die Zeit?
Ausblick auf die Metalltarifrunde 2017/18 45

Kritik der Politische Ökonomie heute

Joachim Bischoff/Fritz Fiehler/Stephan Krüger/Christoph Lieber:
Vom »Kapital« lernen? Die Aktualität von Marx'
Kritik der politischen Ökonomie 48

Stephan Krüger: Mit Informationstechnologie zum postkapitalistischen Anarchismus. Masons Potpourri aus Marx, Cyber-Voodoo und Antikapitalismus 54

Besprechungen | Impressum | Veranstaltungen | Film

Dieter Boris: Imperiale Lebensweise?
Ein Kommentar (zum Buch von Uli Brand und Markus Wissen) 63

Nihat Öztürk: Okzident – Orient – und retour
(zu Christof Geisel, Mein langer Sommer) 66

Impressum 67

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: In Zeiten des abnehmenden Lichts (Filmkritik) 69

Supplement

Theodor Bergmann (7.3.1916-12.6.2017)

Mit Beiträgen von Mario Keßler, Heiner Jestrabek, Erhard Korn, Bernd Riexinger, Joachim Bischoff und Richard Detje sowie einem nachgelassenen Vortrag von Theodor Bergmann zur Gruppe Arbeiterpolitik im westdeutschen Nachkrieg

Halbzeit – zweieinhalb Jahre r2g in Thüringen

von | Susanne Hennig-Wellsow

Seit zweieinhalb Jahren regiert Rot-Rot-Grün unter dem LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow in Thüringen. Selbst die überregionale Presse und die politischen Kontrahenten räumen ein, dass die Koalition einen guten Job macht. In Parteikreisen der LINKEN und Teilen der linken Presse dagegen reicht das Spektrum von Nichtbeachtung bis heftiger Polemik. Anlässlich des Shitstorms nach der Zustimmung zum Länderfinanzausgleich samt »Autobahnprivatisierung« im Bundesrat notierte Ramelow auf seiner Website: »Für einen Teil in meiner Partei ist die Sache klar, genau wie für die ›linke‹ Tageszeitung ›junge Welt‹ ... Gar nicht zu reden von all jenen, die meinen, mir und der Welt auf Facebook oder Twitter oder auch persönlich per E-Mail mitteilen zu müssen, warum ich Verrat geübt und was nun mit mir zu geschehen habe. Mich lässt das nicht kalt ... Ich habe nichts gegen ... harte Auseinandersetzungen um inhaltliche Positionen. Was mich aber bewegt, ist der moralische Zeigefinger, ... die ideologische Keule und ... vor allem die mangelnde Solidarität.« Der Rück- und Ausblick von Susanne Hennig-Wellsow zeigt Erfolge und Herausforderungen gleichermaßen.



Mit Konstanin Wecker in Erfurt, 16.6.2017, flickr/DIE LINKE Thüringen ©

Die politischen Erfolge der rot-rot-grünen (#r2g) Koalition in Thüringen sind unbestreitbar: Unter anderem haben wir mehr LehrerInnen an die Schulen geholt, öffentlich geförderte Jobs für Langzeiterwerbslose geschaffen, massiv in die öffentliche Infrastruktur investiert und ein kostenfreies Kita-Jahr für alle Kinder eingeführt. Parallel dazu räumen wir auf, was die CDU in fast 25 Jahren Regierung liegen gelassen hat. Das geht manchmal nicht ganz geräuschlos – aber die Regierung arbeitet Stück für Stück den Koalitionsvertrag ab und zeigt, dass eine andere Politik möglich ist.

Vor zweieinhalb Jahren sorgte die Wahl von Bodo Ramelow zum ersten

Ministerpräsidenten der Partei DIE LINKE, der mit einer rot-rot-grünen (#r2g) Koalition regiert, bundesweit für Schlagzeilen. Am 14. September 2014 hatten 28,2% der WählerInnen in Thüringen ihr Kreuz bei der Linkspartei gemacht, im Dezember wurde Ramelow vom Landtag als Regierungschef gewählt. Die Wahl war nach fast 25 Jahren CDU-Dominanz eine Entscheidung gegen die Fortführung der CDU-geführten Koalition mit der SPD, die von Skandalen und Streit geprägt war. Mit Bodo Ramelow an der Spitze hatte DIE LINKE 2014 – ebenso wie schon 2004 und 2009 – einen klaren Regierungswahlkampf geführt und damit das bis

heute beste Ergebnis für die Partei bei einer Landtagswahl geholt.

Manche hysterischen Kommentare aus dem Herbst 2014 – vor allem aus der CDU und von noch weiter rechts – erweckten damals den Eindruck, als würden unter #r2g mindestens die Mauer wieder aufgebaut, der Verkauf von Bananen eingestellt und die Wirtschaft aus dem Land getrieben werden. Heute ist es völlig normal, dass DIE LINKE gemeinsam mit SPD und Grünen den Freistaat regiert und Bodo Ramelow Ministerpräsident ist. Thüringen steht heute besser da, als zu Beginn von Rot-Rot-Grün. Heute (Mai 2017) liegt die Erwerbslosigkeit bei 5,9%, im

Vergleichsmonat 2014 waren es 7,8% – die Quote sinkt kontinuierlich und unterschritt nun erstmals seit 1990 die 6%-Marke. Zuletzt war vor allem ein starker Rückgang der Erwerbslosigkeit bei Frauen sowie Langzeitarbeitslosen, älteren Erwerbslosen und schwerbehinderten Menschen festzustellen. Gerade der weitere Rückgang bei den Langzeiterwerbslosen ist auch ein Ergebnis der arbeitsmarktpolitischen Programme der Landesregierung, die hier einen Schwerpunkt gesetzt hat.

Die Steuereinnahmen sind höher als geplant und eröffnen so Möglichkeiten, den finanzpolitischen Dreiklang von Rot-Rot-Grün verstärkt umzusetzen: deutliche Investitionen, um die Gesellschaft aktiv zu gestalten; kontinuierlicher, aber maßvoller Abbau des 16-Milliarden-Schuldenbergs der CDU-geführten Regierungen; und schließlich der Aufbau von Rücklagen. Die regionalisierte Mai-Steuerschätzung für 2017 geht von einem Plus von 296 Millionen Euro aus, für die Folgejahre werden zusätzliche 128 Millionen Euro (2018) und 127 Millionen Euro (2019) vorhergesagt.¹ Und auch die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat zeigt nach oben: So erzielte die Thüringer Industrie von Januar bis April 2017 gut 10,1 Milliarden Euro Umsatz, ein Plus von 3,2% zum Vorjahreszeitraum. Vor allem die Exporte lassen die Wirtschaft wachsen, sie lagen mit einem Plus von 7,5% über dem Vorjahr, während im Inland die Umsätze nur um 1,1% wuchsen.²

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen muss es der Landesregierung darum gehen, soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen, möglichst viele Menschen am Aufschwung zu beteiligen und das von knapp 25 Jahren CDU-Filz beherrschte Land schrittweise zu modernisieren. Aus linker Sicht müssen wir zudem die Chance nutzen, um Wirtschaft und Gesellschaft eine langfristig andere, gerechtere Gestalt zu geben. Das, was #r2g Ende 2014 im Koalitionsvertrag »Thüringen gemeinsam voranbringen. Demokratisch, sozial, ökologisch«³ verabredete hat, setzen wir Stück für Stück um. Vieles ist bereits erreicht.

Halbzeit

In den ersten zweieinhalb Jahren haben wir eine Reihe von Versprechen eingelöst. Nur einige Beispiele: Wir haben allein 2016 rund 370 Millionen Euro mehr als die Vorgänger-Regierungen in die Städte, Gemeinden und Landkreise investiert. 2018 und 2019 wird es weitere 100 Millionen Euro für Bildung, Kultur, Soziales und Infrastruktur geben. Weitere 100 Millionen Euro werden wir bis Ende 2017 in den Schulbau stecken. Wir haben massiv neue LehrerInnen eingestellt und werden mit dem Doppelhaushalt 2018/19 weitere 500 über die Zahl der bereits vereinbarten Neueinstellungen in den Dienst holen, um die jahrelangen Versäumnisse der CDU-Schulpolitik Stück für Stück zu korrigieren. Das Gesetz für das kostenfreie Kita-Jahr ist Anfang Juni 2017 im Kabinett beschlossen worden und wird Familien mit Kita-Kind so durchschnittlich um 1.400 Euro pro Jahr entlasten. Mehr Förderung für sozialen Wohnungsbau, ein Ende des Stellenabbaus bei der Polizei, etwa 1.000 Jobs im öffentlichen Beschäftigungssektor für Langzeiterwerbslose, ein Ende der Selbstbedienung aus Fraktionskassen für einzelne Abgeordnete, den Skandal-Verfassungsschutz an die kurze Leine gelegt, Bildungsfreistellung für Beschäftigte eingeführt, den 8. Mai zum gesetzlichen Gedenktag gemacht, eine humanitäre Flüchtlingspolitik, Fortsetzung der NSU-Aufklärung und eine Enquete-Kommission zu Rassismus als Konsequenz aus dem Neonazi-Terror der 1990er Jahre, Thüringen als Spitzenreiter bei direkter Demokratie und Wahlrecht ab 16 Jahre in den Kommunen, Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte bei Großeinsätzen (Demonstrationen, Fußball, ...), Ausbau regenerativer Energie, Stärkung von Genossenschaften, Förderung von Freifunk und kommunalem WLAN, ... die Liste der erfüllten Versprechen ist lang.⁴

Erst in den letzten Tagen gelangen uns zwei wichtige Entscheidungen. Erstens: Wir werden für die Beamten des Freistaates die zeit- und wirkungsgleiche Anpassung der Tarifabschlüsse für Angestellte übernehmen, das gab es in der Geschichte Thüringens bisher nur einmal. Als LINKE haben wir diese For-

derung von DGB und Beamtenbund unterstützt und dafür in der Koalition gekämpft. Zweitens: Als Partei und als Koalition treten wir für eine dezentrale, ökologisch sinnvolle und soziale Energiewende ein. Stromautobahnen quer durchs Land sind dafür kein sinnvolles Instrument, sie stören wichtige Naturschutz- und Tourismusregionen. Das Kabinett hat im Juni 2017 beschlossen, den ehemaligen DDR-Grenzstreifen Thüringens zum nationalen Naturmonument zu erklären – und so als Kollateralnutzen die geplanten Hochspannungstrassen »Südlink« und »Südostlink« durch Thüringen zu verhindern. Damit unterstützen wir Bürgerinitiativen und Kommunen vor Ort, die sich gegen diese Projekte wenden und die einer echten Energiewende im Wege stehen. Stromkonzerne und Bundesregierung reagierten erkennbar verstimmt.⁵ Auch im Bundesrat hat die Regierung Akzente gesetzt. Gegen die Verschärfung der Asylgesetze, für die Bürgerversicherung, Ablehnung der Hartz-IV-Sanktionen oder die Unterstützung der Ehe für Alle. Ich gehe davon aus, dass wir es bis zu den nächsten Landtagswahlen im Herbst 2019 tatsächlich schaffen werden, den über großen Teil der Vorhaben umgesetzt zu haben.

Erpressung der Länder

Bei der kontroversen Entscheidung im Bundesrat über den Länderfinanzausgleich und die Regionalisierungsmittel Ende Mai 2017 zeigte sich über-

Susanne Hennig-Wellsow ist seit 2013 Vorsitzende des Landesverbandes DIE LINKE Thüringen und in Erfurt direkt gewählte Landtagsabgeordnete. Im Juni 2017 wurde sie von der Thüringer Linksfraktion als Fraktionsvorsitzende bestätigt.

¹ Thüringer Finanzministerium: Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2017, 16.5.2017. (www.thueringen.de/mam/th5/tfm/aktuell/rmk_maisteuerschaetzung.pdf).

² Thüringer Landesamt für Statistik: Thüringer Industrie Ende April weiter auf Wachstumskurs, Pressemitteilung, 15.6.2017.

³ www.die-linke-thl.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/r2g-koalitionsvertrag-final.pdf.

⁴ Halbzeitbilanz der Landesregierung: www.halbzeitbilanz-thueringen.de; Bilanz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: XXX.

⁵ Thüringen will Stromtrassen-Ausbau blockieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.6.2017.

deutlich, dass die CDU/CSU geführte Bundesregierung alle Hebel in Bewegung setzt, wenn es um die Durchsetzung neoliberaler Privatisierungspolitik geht. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bewies, dass er keine Skrupel kennt. Im schmutzigen machtpolitischen Geschäft liegt seine Begabung. Mit Rückendeckung der Kanzlerin setzte er auf Erpressung. Mittel aus dem Länderfinanzausgleich und Regionalisierungsmitteln gibt es für die Länder nur gegen politisches Wohlverhalten. Mit der Koppelung der Bund-Länder-Finanzien an die Gründung einer privatrechtlichen Infrastrukturgesellschaft erlebten die Landesregierungen von Thüringen, Brandenburg und Berlin nun dasselbe Agieren, was der griechischen SYRIZA-Regierung 2015 widerfuhr: Die deutsche Bundesregierung macht gnadenlos Politik auf dem Rücken der Bevölkerung. Schäuble ist bereit, die Zukunft der BürgerInnen zu opfern, um Interessen von CDU/CSU und Lobbys durchzusetzen. Er ist bereit, sie nach dem Auslaufen des Solidaritätszuschlages finanziell auszubluten zu lassen. Als kleine ostdeutsche Bundesländer hatten wir gegen die geballte Macht der Bundesregierung und ihrer Verbündeten kaum eine Chance.

Doch – um es mit Erich Kästner zu sagen – wir sind nicht bereit, den Kakao, durch den man uns zieht, auch noch zu trinken. Den Versuch der drei Länder, die Entscheidungen zu entkoppeln oder eine andere Klärung durch die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu erreichen, wurde von allen anderen dreizehn Ländern abgelehnt. Klar ist: Es waren die Konservativen, die diese Privatisierung und dieses Koppelgeschäft wollten. Es waren CDU/CSU sowie eine Mehrheit in der SPD, die im Bundestag und dann auch im Bundesrat die Mehrheit dafür organisierten. Die Versuche, die drei Länder mit Regierungsbeteiligung der Linken für die Entscheidung verantwortlich zu machen, sind zynisch und sachlich falsch. Wir haben die Auseinandersetzung um das Koppelgeschäft Länderfinanzausgleich / Infrastrukturgesellschaft verloren, aber bleiben bei unserer Position: Die Infrastrukturgesellschaft ist die Vorbereitung einer Privatisierung der Autobahnen und Bun-

desfernstraßen, die die Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommt. Politisch lehnen wir solche ÖPP-Projekte ab.

Nur mit Zwang und Erpressung konnte die Bundesregierung die Verfassungsänderung durch den Bundesrat bekommen. DIE LINKE wird gemeinsam mit BürgerInnen weiter alles tun, um die vollständige Privatisierung unseres Fernstraßennetzes zu verhindern.⁶ Die Vorgänge zeigen zweierlei: Wir brauchen eine andere Bundesregierung, die Privatisierungspolitik stoppt und die umkehrt. Das geht nur mit einer starken LINKEN. Und wir brauchen im Bundesrat mehr Stimmen, um die CDU/CSU und die große Koalition bei unsozialen und falschen Entscheidungen ausbremsen zu können. Kurz: mehr Regierungen mit starker linker Beteiligung.

Wo hakt es?

Manchmal dauern mir Entscheidungen und Abstimmungen in unseren Parteien, Fraktionen und Ministerien zu lange. Wir wurden nicht dafür gewählt, Versprochenes von Gremium zu Gremium zu schieben. Manchmal müssen wir als LINKE mit SPD und Grünen Kompromisse eingehen, wo wir uns mehr Klarheit wünschen – zum Beispiel bei der Frage der Schuldenbremse oder der Abschaffung des Verfassungsschutzes. Eines der Vorhaben, bei denen wir selber Fehler gemacht und den Widerstand unterschätzt haben, ist die Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. Niemand bestreitet, dass die Neustrukturierungen zur Sicherstellung funktionierender Kommunalverwaltungen notwendig ist – und eigentlich schon in früheren Legislaturperioden hätte begonnen werden müssen. Doch das Thema eignet sich, um Ängste zu mobilisieren. CDU und Medien behaupten, Dörfer und Gemeinden würden quasi von der Landkarte getilgt und soziale Infrastruktur abgezogen – ein Unsinn sondergleichen. Das Gegenteil ist richtig, denn es geht darum, Verwaltung und Infrastruktur zukunftsfest und bürgernah zu machen. Aber die Verlagerung von Kompetenzen und Zuständigkeiten und der Wegfall von Landräten und Posten sind für die Konservativen Motivation, Sturm zu laufen und mit



flickr/DIE LINKE Thüringen ©©©

Fake-News zu verunsichern. Der enge Zeitplan und die nicht ausreichende Darstellung der Notwendigkeit des Vorhabens haben das Projekt an einen Punkt geführt, das es aufgrund seiner Dimension alle anderen Fragen scheinbar überlagert. Sicher ist zur Halbzeit auch, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Aber wir merken jeden Tag: Es ist nicht egal, wer regiert. Es macht einen Unterschied, dass der CDU-Filz endlich abgewählt wurde. Als LINKE haben wir aber offenbar ein Problem, auf Erreichtes Stolz zu sein und unsere Erfolge darzustellen. Erreichtes sind Selbstverständlichkeiten, über die man nicht weiter sprechen muss.

#r2g: Unterschiedliche Partner

Eine wichtige Erkenntnis, um das reichlich strapazierte Schlagwort der »Augenhöhe« mit Leben zu füllen, heißt zu akzeptieren, dass die Koalition keine politische Vereinheitlichung der drei – zudem in sich selbst auch noch fragmentierten – Parteien und Fraktionen bedeutet. Grüne, SPD und LINKE sind und bleiben eigenständige Organisationen mit unterschiedlichen WählerInnen-Milieus und zum Teil unterschiedlichen politischen Ansichten, nicht nur in Fragen der Bundespolitik. Rot-Rot-Grün in Thüringen ist kein Linksbündnis, sondern eher eine Koalition links von der CDU – ein fortschrittliches Bündnis der sozial-ökologischen Modernisierung mit einer starken Linken darin. Und es ist eine Kooperation auf Zeit aus drei Parteien mit unterschiedlichen politischen Kulturen und – vor allem in Ostdeutschland – mit einer jüngeren Geschichte, die eine Zusammenarbeit nicht als Selbstverständlichkeit voraussetzen kann. Bis heute ist

es – und das müssen wir akzeptieren – für die Teile der Mitgliedschaft von SPD und Grünen, die aus der DDR-Opposition kamen, aus persönlicher Erfahrung und nachvollziehbarer Distanz nicht einfach, mit uns als Nachfolgepartei der SED zusammen zu arbeiten.

Dieser Konflikt existiert nicht nur in und zwischen den Parteien, sondern durchzieht auch Teile des politischen und gesellschaftlichen Umfelds von Rot-Rot-Grün in den ostdeutschen Bundesländern. Er durchzieht noch immer die Zivilgesellschaft und politisch Aktive in dem gesellschaftlichen Feld, das eine #r2g-Koalition tragen, stützen und von außen antreiben muss. Denn zahlreiche früher in der DDR-Opposition aktive Menschen engagieren sich heute zum Beispiel in der Kirche für Geflüchtete und gegen Rassismus, demonstrieren mit uns gegen Neonazis und die AfD, streiten für offene Jugendarbeit, die Förderung alternativer Kultur und für die Ausweitung von Demokratie, oder sitzen ebenso wie wir vor Atommüll-Transporten und bemühen sich um den Ausbau alternativer Energien in Bürgerhand. Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, Unrecht und der Verantwortung der SED ist für uns – anders als es dem Blick aus dem westdeutschen Teil der BRD manchmal erscheinen mag – keine von außen »aufgedrückte« Aufgabe, um die wir uns drücken könnten. Die historische Aufarbeitung und selbstkritische Rückschau ist aus sich selbst heraus eine Notwendigkeit, ergibt sich aber auch immer wieder durch unsere Bündnispartner in der (Zivil-)Gesellschaft.

Von der Geschichtsdebatte zur Flüchtlingspolitik

Die Kirchenzeitung »Glaube + Heimat« brachte jüngst dieses Verhältnis auf den Punkt. Aus Sicht der »Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands« (EKM) werde Thüringen »solide regiert«. Und: »Gerade in der unerwarteten Herausforderung durch den großen Flüchtlingszustrom 2015 habe sich die Koalition bewährt«,⁷ hieß es in der Erklärung. Zudem nähmen die Kirchen die neue Form der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte positiv auf, wünschen

sich aber weitere Schritte. In der innerparteilichen und öffentlichen Debatte war dieser Aspekt immer auf den Begriff des »Unrechtsstaats« reduziert worden und hatte so zu Kontroversen geführt. Als Thüringer LINKE sehen wir uns in der Tradition jener Gründer der PDS, die seit 1989/90 auf eine selbstkritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte drängen, ohne dabei die Lebensleistungen der ostdeutschen BürgerInnen und die positiven Errungenschaften in der DDR zu verleugnen und den historischen Kontext der DDR-Gründung zu vergessen. Ausgehend von Michael Schumanns Referat »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« auf dem außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 trugen diese Debatten zum Grundverständnis der PDS bei und wurden in DIE LINKE übertragen – viele Diskussionsbeiträge damals waren deutlich selbstkritischer als so manche Wortmeldung heute. Um in- und außerhalb der Partei eine sachliche Debatte zu ermöglichen hat DIE LINKE Thüringen noch einmal Dokumente der Geschichtsdebatte aus den 1990er Jahren zusammengestellt und erneut veröffentlicht.⁸

Gerade die jüngsten Erfahrungen aus der gemeinsamen Flüchtlingspolitik und dem Entstehen gegen die völkische Hetze der AfD mit den beiden großen christlichen Kirchen, der jüdischen und der muslimischen Gemeinde waren auch ein Grund, weswegen wir aus Thüringen auf dem Bundesparteitag der Partei DIE LINKE im Juni 2017 in Hannover vehement gegen die Kündigung der Kirchenstaatsverträge argumentiert haben. Es war die Zusammenarbeit zwischen #r2g im Land, Kommunen und Verwaltungen einerseits und andererseits den Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Feuerwehren, Rotem Kreuz, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Tausenden spontanen FlüchtlingshelferInnen, die dafür sorgten, dass die Erstaufnahme und die folgende Integration hier vergleichsweise gut abliefen. Es gab keine Zeltstädte und keine auf Dauer angelegten Massenunterkünfte.

Das gemeinsame und deutliche öffentliche Eintreten für das Grundrecht auf Asyl, für Mitmenschlichkeit und ge-

gen rechte Hetze sorgte im Herbst 2015 im Freistaat mit dafür, dass die gesellschaftliche Stimmung nicht kippte, als die Aufmärsche der AfD in Erfurt immer größer wurden und sich der Rassismus immer lauter zu artikulieren traute. Vom Flüchtlingsrat über die Parteien und die Kirchen bis hin zu den Gewerkschaften, dem Feuerwehrverband und dem Landessportbund bis zum Verband der Thüringer Wirtschaft standen wir in dieser Frage zusammen – lediglich die CDU wollte nicht mitmachen. Für die öffentliche Debatte war ebenso das Agieren von Ministerpräsident Bodo Ramelow immens wichtig, der auch bei scharfem Gegenwind keinen Zweifel am Kurs Thüringens aufkommen ließ: humanitäre Flüchtlingspolitik, Willkommenskultur und Aufnahme statt Abschiebungen mit dem Ziel, aus Geflüchteten langfristig NeubürgerInnen zu machen.⁹ Bodo Ramelow war bundesweit der einzige Ministerpräsident, der auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegung persönlich an einem Bahnhof die Menschen begrüßte. Spätabends am 5. September 2015 stand er gemeinsam mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfern mit Megaphon in der Hand am Bahnsteig von Saalfeld und begrüßte etwa 600 syrische Geflüchtete am vorläufigen Ende ihrer dramatischen Flucht über Ungarn und Österreich im »Train of Hope«.

Für die Thüringer Regierung ist klar: Nach Afghanistan wird nicht abgeschoben. Gemeinsam mit AntirassistInnen

⁶ Die Erklärung von Bodo Ramelow zum Abstimmungsverhalten Thüringens und seine Rede im Bundesrat: www.bodo-ramelow.de/politik/aktuell/post/2017/06/03/von-grosen-prinzipien-und-konkreten-herausforderungen/; siehe auch die Erklärung von Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (DIE LINKE): Brandenburgs Finanzminister warnt vor Privatisierung der Autobahnen durch Hintertür, Pressemitteilung, 31.5.2017; DIE LINKE fordert Volksabstimmung gegen Autobahnprivatisierung, Pressemitteilung, 2.6.2017 (www.die-linke.de/detail/die-linke-fordert-volksabstimmung-gegen-autobahnprivatisierung/).

⁷ Kirchenvertreter lobt Landesregierung, in: Glaube + Heimat, Mitteldeutsche Kirchenzeitung, Nr. 24/2017.

⁸ U. a. in der Broschüre »Einheitsdrang? Einheitszwang?« (www.die-linke-thueringen.de/index.php?id=43329).

⁹ Sabine Berninger: Flüchtlingspolitische Vereinbarungen. Bilanz nach 2 Jahren #r2g, Februar 2017 ([www.sabine-berninger.de/fluechtlingspolitisch/Fluechtlingspolitische%20\[r2g\]Bilanz_aktualisiert%20Februar2017.pdf](http://www.sabine-berninger.de/fluechtlingspolitisch/Fluechtlingspolitische%20[r2g]Bilanz_aktualisiert%20Februar2017.pdf)).

Ausgabe 4|17

Arbeit und Beschäftigung



Kommunale Beschäftigungsförderung steht im Mittelpunkt dieses Heftes – und ihre verschiedenen Zielgruppen, zum Beispiel Langzeitarbeitslose und Allein-erziehende, Menschen mit Beeinträchtigungen und Geflüchtete.

Weitere Schwerpunktartikel befassen sich mit dem Personal in Kitas und Rathäusern.

Weitere Themen:

- Online-Handel – Klicken statt Bummeln
- E-Mobile im kommunalen Fuhrpark
- PPP im Kreis Offenbach
- Integrationsbeirat: Reform in Augsburg
- Kommunale Finanzaufsicht

Einzelpreis der AKP: 11 Euro plus 1,30 Euro Versand | Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik
Luisestraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de

Zeitschrift für Alternative Kommunalpolitik

und FlüchtlingshelferInnen streiten wir zudem, wo wir können, auch in jedem Einzelfall dafür, dass Geflüchtete hier bleiben können. Abschiebungen, die wir nicht verhindern können, sind für uns Niederlagen. Um langfristig eine andere, solidarische Migrationspolitik auf solide gesetzliche Regelungen zu stellen, habe ich gemeinsam mit den Vorsitzenden der Linksfractionen aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt im Juni 2017 einen Entwurf für ein linkes Einwanderungsgesetz auf Bundesebene vorgelegt und zur Diskussion gestellt.¹⁰ Damit wollen wir legale Wege öffnen, auch gerade um das massenhafte Sterben auf dem Mittelmeer und auf den gefährlichen Fluchtrouten endlich zu beenden.

Auch hier gilt: Neben gesellschaftlichem Druck braucht es eine ganz andere Bundespolitik, um hier praktikable menschenrechtsorientierte und humanitäre Lösungen möglich zu machen.

Ostdeutsche Interessen

Auch 27 Jahre nach der Vereinigung braucht der Osten eine starke Stimme, die bundesweit Gehör findet. Renten-Ungerechtigkeit, Lohn-Unterschiede zwischen Ost und West, die nachwirkenden Erfahrungen des Umbruchs 1989/90 und die anhaltenden strukturellen Auswirkungen der rücksichtslosen Privatisierungen und der massenhaften Deindustrialisierung weiter Teile Ostdeutschlands machen es notwendig, eine eigenständige Politik für Ostdeutschland zu machen – ebenso, wie strukturschwache und deindustrialisierte Regionen im Westen gezielt gefördert werden müssen. Angleichung von Renten und Löhnen, die Würdigung von Lebensleistungen, Befreiung von Alt-schulden für Wohnungsbauunternehmen und gezielte Investitionen müssen auf der Agenda einer nächsten Bundesregierung ganz oben stehen. DIE LINKE kann hier aufgrund ihrer Erfahrungen zur Zeit der PDS als Kümmererpartei vor Ort wertvolles Wissen einbringen und biografische Brücken bauen. Um die Treuhandpolitik, die ideologisch begründeten Privatisierungen und die Goldgräberstimmung teils krimi-

neller Investoren in den 1990er Jahren endlich gezielt unter die Lupe zu nehmen und aufzuarbeiten, haben wir als Thüringer LINKE eine Enquete-Kommission des Bundestages vorgeschlagen und im Bundestagswahlprogramm unserer Partei verankert. Für uns in Thüringen hat das eine ganz besondere Bedeutung: Vor 25 Jahren, im Dezember 1992, wurde die Schließung des Kali-Bergwerks Bischofferode verkündet. Massenhafte Proteste und schließlich die Besetzung des Werkes und der Hungerstreik der Kumpel im Sommer 1993 folgten. Es waren historische und heroische Kämpfe, die am Ende aber an der harten Hand der Bundesregierung, der Treuhand und der westdeutschen Industrie scheiterten, die so die ostdeutsche Konkurrenz vom Markt drängte. Die Folgen der Niederlage spüren wir bis heute – nicht nur ökonomisch und aufgrund des bis heute offiziell geheim gehaltenen Kali-Fusionsvertrags auf Kosten des Landes Thüringen, sondern auch politisch als eine weitere Niederlage im Kampf von Menschen in den frühen 1990er Jahren in Ostdeutschland um ihre Zukunft.¹¹

Wie geht Veränderung?

Das Vorstandsmitglied der IG Metall Hans-Jürgen Urban hatte vor einigen Jahren den Begriff der »Mosaik-Linken« in die Diskussion um linke Strategien gebracht: »Ziel müsste die Sammlung all jener Teile der Gesellschaft sein, deren Interessen durch die kapitalistische Krise und die derzeit vorherrschenden kapitalkonformen Lösungsstrategien der Eliten unter die Räder zu geraten drohen. Da es darum geht, tatsächlich Voraussetzungen für einen Politikwechsel zu schaffen, muss eine alternative Strategie auch die Parteien ins Visier nehmen. (...) Ein solcher gegenhegemonialer Block müsste neben den Gewerkschaften die globalisierungskritischen Bewegungen, weitere Nichtregierungsorganisationen, die diversen sozialen Selbsthilfeinitiativen und nicht zuletzt die kritischen Teile der kulturellen Linken, also Wissenschaftler, Intellektuelle und andere, umfassen. Er hätte nach dem Prinzip der autonomen Kooperation nach gemeinsamen politischen

Projekten und Zielen zu fahnden, sollte sich aber vor einem zu großen Vereinheitlichungsanspruch hüten.«¹² Ich halte das weiterhin für richtig – ebenso, wie wir als Thüringer PDS und heute DIE LINKE schon immer dafür plädierten, als Partei parallel Widerstand und Protest, die Gestaltung der Gesellschaft im Hier und Jetzt und die Utopie einer sozialistischen Gesellschaft als Formen und Felder unserer Politik zu betrachten (»Strategisches Dreieck« der PDS, 2004). Nach der Bundestagswahl müssen wir – egal, wie es ausgeht – als LINKE gezielt und organisiert darüber sprechen, wie wir auf unterschiedlichen Ebenen unsere Ziele tatsächlich durchsetzen. Die Debatten um das Komma im Programm, die Schärfe der Attacken auf die SPD und Glaubensgrundsätze bringen uns unseren Zielen aus dem Parteiprogramm nicht näher. Es ist nicht die entscheidende Frage, ob wir regieren wollen oder nicht. Nötig ist die Diskussion um die Frage: Wie verändern wir die Gesellschaft konkret? In welcher Situation und an welcher Frage ist Opposition im Parlament die richtige Antwort? Wo ist Protest auf der Straße und gesellschaftlicher Widerstand angesagt, wie bauen wir gesellschaftliche Macht von links auf und wann ist es richtig, zu regieren – sei es im Land oder im Bund? In diesen Tagen jährt sich die Gründung der Partei DIE LINKE aus PDS und WASG zum zehnten Mal. Wir müssen gute und glaubwürdige Antworten geben, sonst machen wir unsere Partei früher oder später überflüssig.

Ich rechne zwar nicht damit, dass es im Herbst 2017 rechnerisch und politisch für r2g reichen wird. Aber zuletzt haben sich die politischen Entwicklungen so beschleunigt und sicher geglaubte Konstellationen wurden hinfällig, dass wir die Option nicht ausschließen können und sollten. Aber spätestens nach einem engagierten Bundestagswahlkampf müssen wir am Tag nach der Wahl sofort den Blick auf das Jahr 2021 richten: Debatten in der Partei anstoßen, Gesprächsfäden zu möglichen Partnern ausbauen und außerparlamentarische Akteure (Gewerkschaften, Sozialverbände, linke Intellektuelle...) offensiv in die Diskussionen darum einbinden, wie praktische

linke Antworten auf die Dauer-Regierung unter Merkel, den gesellschaftlichen Rechtsruck und die sozialen und ökologischen Verwerfungen aussehen können.

Gesellschaftliche Gerechtigkeitspartei

In diesem Sinne verstehe ich auch die Rede der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, auf der Festveranstaltung anlässlich der zehnjährigen Parteigründung Mitte Juni 2017: »Die Frage, die wir uns stellen sollten, lautet daher weniger, was machen die anderen Parteien alles falsch, sondern vielmehr: wie werden wir größer, als wir sind? Wie kommen wir raus aus dem 10%-Ghetto?«¹³ Kurz und konkret: Weniger Beschimpfung der SPD, mehr Selbstbewusstsein als eigenständige LINKE als Grundlage für Zusammenarbeit. Wenn wir in Thüringen als linke Volkspartei von über 28% der WählerInnen gewählt werden und es neben einer rechnerischen Mehrheit auch real gemeinsame politische Vorhaben von #r2g gibt, wäre es fahrlässig, diese Gestaltungsoption nicht zu nutzen.

Die Halbzeit-Bilanz und aktuelle Umfragen, die uns in der Sonntagsfrage bei einer Landtagswahl derzeit stabil bei 27% zeigt¹⁴ und die Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten (51%) deutlich vor allen anderen LandespolitikernInnen, geben uns Recht. Thüringen ist mit seinen gut 2,2 Millionen EinwohnerInnen ein kleines Bundesland mit einer sehr spezifischen politischen und historischen Ausgangslage mit Bodo Ramelow haben wir einen außergewöhnlichen Politiker und direkte Übertragungen der hiesigen Verhältnisse auf den Bund sind nicht zwingend hilfreich. Und dennoch lassen sich aus den Erfahrungen der Partei hier seit 1990 Gründe dafür ableiten, dass die Partei heute zweitstärkste Kraft im Land ist und die Fähigkeit besitzt, ordentlich und erfolgreich zu regieren.

Ich habe wiederholt auf die Bedingungen hingewiesen, die für den Einstieg in eine #r2g-Koalition im Land notwendig waren – und die wir auch für eine mögliche Koalition im Bund organisieren müssen –, denn #r2g wird,

wenn es unter den gegebenen Bedingungen erfolgreich sein soll, vorbereitet sein müssen. Es braucht relevante programmatische Gemeinsamkeiten, gemeinsame politische Erfahrungen und praktische Erfolge gemeinsamer politischer Auseinandersetzungen und eingespielte Gesprächsebenen. 2015 schrieb ich dazu in »Sozialismus« im Rückblick auf den Freistaat: »In Thüringen war Rot-Rot-Grün seit Jahren gelebte politische Realität – in Kommunen, auf der Straße und selbst bei einer Reihe von Themen im Landtag. Im Bund müssen wir gemeinsame Projekte mit der Lupe suchen.«¹⁵ Die Gesprächsfäden und gemeinsame Aktivitäten zwischen #r2g gab es sogar, als die SPD mit der CDU von 2009 bis 2014 regierte. DIE LINKE wird sich auch im Bund entscheiden müssen, wohin sie will. Dann hat sie das Potenzial, mittel- und langfristig die 10%-Marke deutlich zu überspringen und zentraler Akteur fortschrittlicher Veränderung zu sein. Ich gebe der Parteivorsitzenden Katja Kipping recht, wenn sie fordert: »Wagen wir den Schritt hin zu einer gesellschaftlichen Gerechtigkeitspartei, zur Partei der neuen linken Mehrheiten.«

¹⁰ Projektgruppe Einwanderung im Auftrag der Linksfaktionen der Landtage Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Konzeption einer linken Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzgebung (www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/e_h/einwanderungsgesetz/); Simone Oldenburg/Carola Bluhm/Udo Wolf/Swen Knöchel/Ralf Christoffers/Rico Gebhardt/Susanne Hennig-Wellsov: Migration von links gedacht, in: Neues Deutschland, 06.06.2017 (www.neues-deutschland.de/artikel/1053075.migration-von-links-gedacht.html); vgl. auch: Lena Kreck/Jörg Schindler: Wer hat Angst vor einem linken Einwanderungsgesetz?, in: Luxemburg, Nr. 1/2017, S. 94ff.

¹¹ Wir werden als LINKE in den nächsten Monaten u.a. an die Arbeitskämpfe von Bischofferode vor 25 Jahren (1992/93) erinnern, vgl. u.a. Bodo Ramelow: Parlamentarische Anfrage »20 Jahre Bischofferode«, 3.7.2014 (www.youtube.com/watch?v=ILXgUHVvIxA).

¹² Urban, Hans-Jürgen: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/2009.

¹³ Katja Kipping: Den Aufbruch in Angriff nehmen, 16.6.2017 (www.katja-kipping.de/de/article/1263.den-aufbruch-in-angriff-nehmen.html).

¹⁴ infratest dimap/MDR: ThüringenTREND Juni 2017.

¹⁵ Susanne Hennig-Wellsov: Anders regieren, in: Sozialismus, 25.01.2015 (www.sozialismus.de/detail/artikel/anders-regieren-1/).

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

